

Deutsche Demokratiegeschichte – Eine Aufgabe der Erinnerungsarbeit

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V.

Datum, Ort: 26.02.2019, Berlin

Bericht von: Martin Kristoffer Hamre, Unabhängiger Historiker, Berlin

Im deutschen Geschichtskontext impliziert der Begriff „Erinnerungsarbeit“ häufig die Beschäftigung mit den dunkelsten Kapiteln der Geschichte, insbesondere die Aufarbeitung der Verbrechen der NS-Diktatur. Dass jedoch auch die Demokratiegeschichte es wert ist, ein eigenständiger Teil der Erinnerungsarbeit zu sein, betonte die Tagung, deren Ziel es war, Grundlagen einer demokratischen Erinnerungskultur zu diskutieren und der Frage nachzugehen, inwiefern Demokratiegeschichte identitätsstiftend wirken kann. In der vollbesetzten Landesvertretung Sachsen-Anhalts in Berlin wurde dabei auch nach konkreten Anknüpfungs- und Orientierungsorten für die Erinnerungsarbeit gefragt. In Zeiten, in denen neueste Umfragen wie etwa die des Instituts für Demoskopie Allensbach besonders in Ostdeutschland auf mangelndes Vertrauen in die Demokratie als Regierungsform hinweisen¹ und rechtspopulistische Bewegungen den öffentlichen Diskurs beeinflussen, stellte sich als eine zentrale Frage der Tagung, welche Relevanz die deutsche Demokratiegeschichte für Gegenwart und Zukunft haben kann.

Einleitend wurden in zwei Vorträgen die Grundlagen der demokratischen Erinnerungskultur präsentiert. In einem Vortrag von BARBARA ZEHNPFENNIG (Passau), die leider nicht persönlich teilnehmen konnte, wurde der Demokratiebegriff philosophisch-historisch umrissen. Zehnpfennig stellte zu Beginn zwei Paradigmen der Demokratie gegenüber: Die direkte Demokratie der griechischen Antike und in Abgrenzung die in den USA entwickelte moderne Form der repräsentativen Demokratie. Als zweiten Schritt verwies sie auf die zentralen demokratischen Werte der Freiheit und Gleichheit, die „per se nicht auf Harmonie angelegt sind“ und strukturell miteinander in Konflikt stehen. Der dritte Teil des Vortrags fragte nach der Beziehung zwischen Liberalismus,

in dem das Individuum im Mittelpunkt stehe, und Republikanismus, welcher die Tugend und das Gemeinwohl fokussiere. Diese Konflikte miteinander in Einklang zu bringen sei die zentrale Aufgabe einer Demokratie.

Nach dieser ideengeschichtlichen Einführung skizzierte TILMAN MAYER (Bonn) die Entwicklungslinien und Meilensteine deutscher Demokratiegeschichte, um abschließend neueste Tendenzen und Umfragen zu präsentieren. Beginnend mit den antinapoleonischen Befreiungsbewegungen des 19. Jahrhunderts verwies er auf Ereignisse wie das Hambacher Fest, die bismarcksche Reichsverfassung und die nicht von vornherein als gescheitert zu betrachtende Weimarer Republik. Über das Grundgesetz, welches bis heute keine gravierenden Probleme transportiere, spannte er den Bogen zur Friedlichen Revolution von 1989/90, auch wenn im Gegensatz zur berühmten These von Francis Fukuyama die Geschichte der Demokratie damit nicht zu einem Ende gekommen sei. Anhand der Interpretation einiger empirischer Daten betonte Mayer im zweiten Teil seines Vortrags, dass die Demokratie sich derzeit in schwierigen Fahrwassern befinde, wobei er auf populistische und autoritäre Tendenzen verwies und Literatur zur gegenwärtigen Demokratiekrise präsentierte.²

In der anschließenden Podiumsdiskussion betonte BERND FAULENBACH (Bochum), der Vorsitzende des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, eine zentrale These der Tagung: Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und das „negative Gedächtnis“ der Bundesrepublik (Reinhart Koselleck)³ dürfe niemals in ein Konkurrenzverhältnis zur Erinnerung an deutsche Demokratiegeschichte gebracht werden. Beide Elemente seien komplementär zu denken, auch wenn den Formen der Erinnerungskultur der De-

¹ Siehe die Darstellung der Allensbach-Umfrage in der FAZ: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-ostdeutsche-mit-wenig-vertrauen-in-den-staat-16002605.html?premium> (11.03.2019).

² Z.B. Fareed Zakaria, Das Ende der Freiheit. Wieviel Demokratie trägt der Mensch?, Frankfurt am Main 2005.

³ Reinhart Koselleck, Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 21-32.

mokratiegeschichte in Zukunft eine „gewisse Selbstständigkeit“ zugebracht werden müsse.

KORBINIAN FRENZEL (Berlin), Journalist beim Deutschlandradio und exzellenter Moderator der Tagung, brachte immer wieder Bezüge zu aktuellen politischen Debatten in die Diskussion ein. So fragte er beispielsweise nach dem Umgang mit geschichtsrelativierenden Aussagen wie derjenigen Alexander Gaulands, der die NS-Zeit als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“ bezeichnet hatte. Faulenbach entgegnete: „Zu einem neuen Geschichtsbild gehört, die Bedeutsamkeit der deutschen Verbrechen zu betonen, aber sich daneben eben auch den positiven Aspekten zu widmen.“ Es gehe auch darum, mit Blick auf die besondere deutsche Geschichte verantwortlich zu handeln.

Im weiteren Verlauf diskutierten die Podiumsteilnehmer und das Publikum die Bedeutung von Symbolen deutscher Erinnerung (beispielsweise die Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold) sowie konkrete Daten und Ereignisse, die von zentraler Bedeutung für ein positives Narrativ der Demokratiegeschichte seien. Dies endete in einem partizipativen Moment, als Frenzel das Publikum auf der Suche nach Kulminationspunkten der deutschen Demokratieentwicklung durch Beifall abstimmen ließ, welches Ereignis besonders erinnerungswürdig sei. Bei diesem „Applausometer“ erhielt mit der Friedlichen Revolution 1989 das Ereignis den längsten Beifall, um welches es im nächsten Vortrag gehen sollte.

Der Zeitzeuge und Theologe EHRHART NEUBERT (Erfurt) sprach anhand von „Heldengestalten und Alltagsfiguren“ über Akteure der DDR-Opposition zu Zeiten der Wende. Dabei stellte er Handlungsfelder der Opposition in den Mittelpunkt, die sich aus dem Charakter der SED-Diktatur ergeben hatten. Insbesondere betraf dies die Sprache, die im DDR-Regime ursprünglich die „asymmetrischen Machtverhältnisse widerspiegelte“. Die Opposition jedoch machte sich die Sprache anhand von Gesprächsrunden, Friedensgebeten und Sprechchören selbst zu eigen, wodurch schließlich neue Realitäten geschaffen wurden. Letzten Endes, so betonte Neubert, konnte die Freiheit in Ostdeutschland durch eine freiheitliche Sprache triumphieren.

In der anschließenden Diskussion plädierte

JOHANNES TUCHEL (Berlin), Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, für biographische Annäherungen an die deutsche Demokratiegeschichte. Nicht nur an Orte müsse erinnert werden, sondern auch an Personen, die ihren persönlichen Handlungsspielraum für die Demokratie ausloteten. Generell tue man sich in Deutschland schwer mit der Erinnerung an Widerstandsbewegungen gegen das NS-Regime. Energisch betonte Tüchel: „Wir sind viel zu defensiv, was unsere demokratischen Traditionen angeht.“

Der 18. März war ein auf der Tagung vieldiskutiertes Datum, welches in doppelter Funktion als demokratischer Anknüpfungspunkt dienen könnte: Am 18. März 1848 brachen im Zuge der Demokratiebestrebungen der Märzrevolution Barrikadenkämpfe in Berlin aus. Rund eineinhalb Jahrhunderte später, am 18. März 1990, fanden die ersten freien Volkskammerwahlen der DDR statt. Wie mehrere Diskussionsteilnehmende aus dem Publikum betonten, bietet das Datum daher ein besonderes Potenzial als identitätsstiftendes Element der Erinnerungsarbeit. Der 18. März, so fasste Frenzel es als erstes Zwischenergebnis der Tagung zusammen, sollte zukünftig ein Feiertag werden.

Der Bundestagspräsident a. D. WOLFGANG THIERSE (Berlin) sprach in seinem Vortrag von Trägern der deutschen Demokratiegeschichte und stellte dabei Institutionen in den Mittelpunkt. Neben Erinnerungsorten in staatlicher Verantwortung wie etwa Gedenkstätten oder Politikergedenkstätten betonte er die zentrale Rolle zivilgesellschaftlicher Aufarbeitungs- und Erinnerungsinitiativen. Diese seien notwendig um einer rein staatlich kontrollierten Erinnerungspolitik entgegenzuwirken, wie sie in der DDR in Form des offiziellen Antifaschismus gepflegt wurde. Thierse erläuterte dies beispielhaft anhand seiner eigenen Kindheit mit zahlreichen staatlich organisierten Besuchen des KZ Buchenwald, in denen dennoch kaum ein persönlicher Zugang zur Geschichte ermöglicht wurde. Mit Blick auf die gegenwärtige Vertrauenskrise in die Republik und rechtspopulistische Tendenzen endete Thierse mit einem leidenschaftlichen Plädoyer dafür, dass die Demokratie zu verteidigen gleichzeitig bedeute, ihre Institutionen und Regeln zu verteidigen sowie ihr

Gedächtnis zu pflegen: „Demokratie ist ohne Demokratiegeschichte schlechthin nicht möglich.“

Kann Erinnerungsarbeit wirklich einen Beitrag zur gegenwärtigen Verteidigung der Demokratie leisten? Dies diskutierte Thierse im Anschluss mit SABINE BERGMANN-POHL (Berlin) und HANS WALTER HÜTTER (Bonn), dem Präsidenten der Stiftung Haus der Geschichte Bundesrepublik Deutschland. Letzterer warnte davor, dass man bei der Entwicklung von historischem Bewusstsein Museen und Ausstellungen nicht überfordern dürfe. Ein einzelner Besuch im Museum schaffe keinen überzeugten Demokraten. Vielmehr benötige es ein Gesamtpaket aus Publikationen, Museumspädagogik, historischen Filmen und Romanen, die gemeinsam ein Geschichtsbewusstsein vermittelten. Trotz erschreckender Umfragen dürfe man bei der Vermittlungsarbeit, die einen täglichen Prozess darstellt, nicht aufgeben. „Die verschiedenen Träger historischer Erinnerungsarbeit müssen aber im Bund agieren,“ betonte Hüter mehrmals.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmenden in der Diskussion mit dem Publikum über die Sinnhaftigkeit des in Berlin geplanten Freiheits- und Einheitsdenkmals als Erinnerungsort deutscher Demokratiegeschichte. „Auch wir Deutschen“, so Thierse, „haben das Recht und die Verpflichtung, uns an glückliche Ereignisse zu erinnern, um unsere Gegenwart positiv zu gestalten. Es gab kein glücklicheres Ereignis als die Wende 1989.“ Auch Bergmann-Pohl, die 1990 in der DDR die erste und letzte frei gewählte Präsidentin der Volkskammer wurde, betonte, dass das Denkmal in Berlins Stadtbild gehöre: „Es wird ein Anziehungspunkt sein wie viele andere Erinnerungsorte auch in Berlin.“

Mit dem Hambacher Schloss stellte der CDU-Regionalpolitiker HANS-ULRICH IHLENFELD (Haßloch) einen exemplarischen Anknüpfungs- und Orientierungsort deutscher Demokratiegeschichte vor. 1832 war das Schloss als Austragungsort des Hambacher Festes gewissermaßen zur „Wiege der deutschen Demokratie“ geworden; heute sei es allerdings auch ein Beispiel für die Vereinnahmung solcher Orte durch Rechtspopulisten geworden. Mehrfach nutzte die AfD das

Schloss für Veranstaltungen und versuchte durch die Ausrichtung eines „Neuen Hambacher Festes“ direkt an den historischen Vorgänger anzuknüpfen. Ihlenfeld plädierte dafür, sich solchen rechtspopulistischen Tendenzen inhaltlich durch die Beschäftigung mit der Geschichte des Erinnerungsortes zu stellen, anstatt sie juristisch zu bekämpfen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion lieferten CORINNA FRANZ (Bad Honnef) als Geschäftsführerin der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und THOMAS HERTFELDER (Stuttgart) als Geschäftsführer der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus weitere Beispiele aus der Praxis der Erinnerungsarbeit. Viele dieser Museen, Gedenkstätten und Stiftungen sind seit 2017 in der „Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte“ vereint, deren gemeinsames Ziel es ist, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern. Wie begegnet man an solchen Orten dem gegenwärtigen rechtspopulistischen Ruck? Hertfelder betonte, dass man die neuesten Entwicklungen zwar einerseits mit Sorge betrachte, andererseits aber auch als Chance begreife, um historische Themen schärfer herauszuarbeiten. Daher, so pflichtete Ihlenfeld bei, seien Orte der Demokratie derzeit in Deutschland gar im Aufwind. Dabei müssten diese immer offen für den demokratischen Diskurs bleiben, so Hertfelder: „Man muss auch mit Rechten reden“.

In seinem Schlusswort fasste Bernd Faulenbach die zentralen Erkenntnisse der Tagung zusammen. Ein Ergebnis sei gewesen, dass niemand den Sinn von Demokratiegeschichte an sich in Frage gestellt habe. Dies war jedoch, wie man kritisch anmerken muss, bei der Zusammensetzung der Tagungsteilnehmenden auch kaum anders zu erwarten gewesen. Generell standen viele Daten, vom 18. März über den 18. Juli bis zum 9. November, im Mittelpunkt der Tagung. Dies weist auf eine zentrale Aufgabe der Erinnerungsarbeit hin: die Verständigung über historische Erinnerungsdaten. Weiter betonte Faulenbach, dass die demokratiegeschichtliche Perspektive mit Blick auf die gegenwärtige Demokratiekrise eine wichtige Rolle spiele. Sie zeige, dass Demo-

kratie nicht selbstverständlich ist, sondern der täglichen Affirmation bedarf und neu erlernt werden muss. Generell, so der Tenor der Veranstaltung, müsse Demokratiegeschichte stärker auf verschiedensten Ebenen anhand von Orten, Ereignissen, Akteurinnen und Akteuren in die Erinnerungskultur aufgenommen werden. Ebenso sei klar, dass es dabei zu keinem Konkurrenzverhältnis mit der Aufarbeitung der NS-Geschichte kommen dürfe. Diese beiden Aspekte der Erinnerungskultur sind komplementär und nicht als Alternativen zu betrachten.

Die Stoßrichtung, Demokratiegeschichte als Mittel gegen rechtspopulistische Tendenzen einzusetzen, ohne dabei die Erinnerungsarbeit der NS-Aufarbeitung zu vernachlässigen, wurde im Laufe der Tagung mehr als deutlich. Wie Faulenbach richtig betonte, hatte die Tagung jedoch nicht klären können, wie die Beschäftigung mit der deutschen Demokratiegeschichte im Verhältnis zur europäischen Geschichte und zur Erinnerungskultur der europäischen Nachbarn einzuordnen sei. Transnationale identitätsstiftende Konzepte spielten auf der Tagung keine Rolle, sind aber in der weiteren Diskussion rund um das Thema Erinnerungsarbeit ein wichtiges Desiderat. Schließlich stellen auch die immer wieder betonten rechtspopulistischen Tendenzen, die man durch die Beschäftigung mit der eigenen Demokratiegeschichte eindämmen möchte, ein transnationales Phänomen der Gegenwart dar.

Ein weiteres Problem der Tagung bestand darin, die Frage auszublenden, warum sich junge Menschen in einer interkulturell geprägten Gesellschaft, die sich seit den Anfangszeiten der Bonner Republik durch Einwanderung und die Wende 1989/90 doch stark verändert hat, für Ereignisse wie das Hambacher Fest interessieren sollten. Bezeichnenderweise wurde das Thema Migration erst in der letzten der vier Podiumsdiskussionen angesprochen. Wie soll sich Erinnerungsarbeit in Bezug auf Einwanderergruppen verhalten, die eine gänzlich eigene Geschichte, eigene Symbole und eigene identitätsstiftende Elemente mitbringen? Der Diskussion hätte gutgetan, jüngere Podiumsteilnehmende aus der Zivilgesellschaft, vielleicht gar mit Migrationshintergrund, einzu-

binden. So hätte man diskutieren können, ob auch neue Generationen, die sich nicht täglich im Rahmen ihres Berufes mit diesem Thema beschäftigen, deutsche Demokratiegeschichte als identitätsstiftend ansehen. Denn Demokratie, so formulierte es Thomas Hertfelder in der Diskussion, sei auch ein Partizipationsversprechen an Gruppen, die noch nicht Teil der Gesellschaft sind. Gerade für diese ist die Beschäftigung mit der deutschen Demokratiegeschichte besonders relevant.

Konferenzübersicht

Michael Schneider / Andreas Apelt / Maria Bering (alle Berlin): Begrüßung

Themenblock I: Geschichte – Ideale – Erwartungen: Grundlagen einer demokratischen Erinnerungskultur

Barbara Zehnpfennig (Passau): Theorien – Werte – Modelle: Zum Demokratiebegriff

Tilman Mayer (Bonn): Entwicklungslinien und Meilensteine der modernen Demokratiegeschichte

Podiumsdiskussion

Teilnehmende: Bernd Faulenbach (Bochum) / Barbara Zehnpfennig (Passau) / Tilman Mayer (Bonn)

Themenblock II: Erinnerungsarbeit und Identitätsstiftung: Vor- und Leitbilder der Demokratiegeschichte

Ehrhart Neubert (Erfurt): „Heldengestalten und Alltagsfiguren“: Akteure der deutschen Demokratiegeschichte

Podiumsdiskussion

Teilnehmende: Johannes Tuchel (Berlin) / Ehrhart Neubert (Erfurt)

Wolfgang Thierse (Berlin): Institutionen – Bewegungen – Initiativen: Träger der deutschen Demokratiegeschichte

Podiumsdiskussion

Teilnehmende: Sabine Bergmann-Pohl (Berlin) / Hans Walter Hütter (Bonn) / Wolfgang Thierse (Berlin)

Hans-Ulrich Ihlenfeld (Haßloch): Anknüpfungs- und Orientierungspunkte: Orte der deutschen Demokratiegeschichte

Podiumsdiskussion

Teilnehmende: Corinna Franz (Bad Honnef) /
Thomas Hertfelder (Stuttgart) / Hans-Ulrich
Ihlenfeld (Haßloch)

Bernd Faulenbach (Bochum): Schlusswort

Moderation: Korbinian Frenzel (Berlin)

Tagungsbericht *Deutsche Demokratiegeschich-*
te – Eine Aufgabe der Erinnerungsarbeit.
26.02.2019, Berlin, in: H-Soz-Kult 08.04.2019.